

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Verlags- und Geschäftsnummer: 20641
Aus für Nachrichten Nr. 20011
Schlüsselung u. Geschäftsnummer:
Dresden - N. L. Marienstraße 28/29

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für
Zulagebogen), durch Vorzahlung 2,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Vorgebühr (ohne Postaufschlag) bei
bei 7mal wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 55 Pfg., für außerhalb 40 Pfg. Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklamazeile 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg., Offerteneintrag 20 Pfg. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neßke & Reichardt,
Dresden, Volkmann-Str. 1, 1048 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Hindenburg wartet vor Putzgerüchten

Billigung der Sanierungsmaßnahmen

Berlin, 23. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg ist von verschiedenen Vertretern der nordamerikanischen Publizistik gebeten worden, zu den Alarmnachrichten Stellung zu nehmen, die in den letzten Tagen über die deutsche Lage gerade in Amerika verbreitet worden sind. Seiner Gewohnheit entsprechend hat der Reichspräsident eine unmißverständliche Antwort nicht gegeben. Er hat jedoch in seiner gestern mit dem Reichskanzler geführten Unterhaltung diesen ermächtigt, zu erklären, daß er die vom Reichskanzler am letzten Sonnabend einem Berliner Pressevertreter gegebenen Ausführungen vollinhaltlich teile. Auch der Reichspräsident ist der Auffassung, daß eine Putzgerüchte in irgendeinem Bezirk Deutschlands in keiner Weise vorliegt; übrigens würden die vorhandenen Vollzugsorgane durchaus ausreichen, in kürzester Zeit Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Der Reichspräsident hat ferner in seiner gestrigen Unterredung mit dem Reichskanzler der Absicht der Reichsregierung, alle Kräfte dafür einzusetzen, um die seit längerer Zeit in Angriff genommenen umfassenden Sanierungsmaßnahmen zum Besten der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu Ende zu führen, seine ausdrückliche Zustimmung erteilt. Er vertraut hierbei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes und erwartet, daß trotz der ungewöhnlich schwierigen innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands diese großen Aufgaben auf dem Boden der bestehenden Verfassung gemeistert werden können.

Die erste Sitzung des neuen Reichstages

Berlin, 23. Sept. Die erste Sitzung des Reichstages wird am 18. Oktober 3 Uhr nachmittags beginnen. Die Sitzung trägt lediglich formalen Charakter. Sie dient dazu, durch Namensaufruf der Abgeordneten die Beschlußfähigkeit des Reichstages festzustellen. In der zweiten Sitzung am Dienstag erfolgt dann die Wahl des Präsidenten und

des Büros des Reichstages. Geleitet werden die ersten beiden Sitzungen von dem Alterspräsidenten. Nach der Wahl der Lebensjahre würde der Zentrumsgewählte Herold diesmal Alterspräsident des Reichstages sein. Falls er auf dieses Amt verzichtet, wird Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei) diese Stelle einnehmen. Die weiteren Anordnungen für die Tagungen wird der nach dem Zusammentritt des Reichstages zu bildende Ältestenrat festsetzen.

Die Unterbringung der Abgeordneten

Berlin, 23. Sept. Im Reichstag versammelte am Dienstag nachmittags Präsident Lohde Vertreter der verschiedenen Parteien um sich, um mit ihnen die durch die Vermehrung der Mandate schwierig gewordene Platzfrage zu besprechen. Der Besprechung lagen sechs Vorschläge für die Platzverteilung zugrunde. Annahme fand der vom Präsidenten Lohde ausgehende Vorschlag, nur vier oder fünf Putzgerüchte bestehen zu lassen. Für alle übrigen Abgeordneten sollen im rückwärtigen Teile des Saales nur Stuhlreihen aufgestellt werden. Auf diese Weise können sämtliche Abgeordneten im Saale selbst untergebracht werden. Dem Reichstage war eine große Anzahl von Zuschriften zugegangen. Ein Kaufmann aus Gera schlug z. B. vor, die Parteien müssten freiwillig nur die Hälfte der ihnen zugehenden Mandate belegen. Dieser Vorschlag fand jedoch keinen Anklang.

Zum Schluß kam es in der heutigen Besprechung zu einer neuen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten darüber, welche der beiden Parteien die ausgesprochene Mehrheit zuzurechnen sei. Der Abgeordnete Herold meldete auf dem Antrag seiner Partei auf die Seite am äußersten Flügel des Hauses an. Der Abgeordnete Dr. Frid protestierte gegen diese Forderung. Er meinte, diese Frage sei ein für alle Mal entschieden, und zwar in dem Sinne, daß die Nationalsozialisten die am weitesten rechts stehende Partei seien. Der Anspruch der Nationalsozialisten wurde in der heutigen Besprechung vorläufig anerkannt, allerdings vorbehaltlich einer Einigung zwischen den beiden Parteien über eine anderweitige Entscheidung des Ältestenrats nach Zusammentritt des Reichstages.

Die außenpolitische Aufgabe

Im Vorkriegsösterreich erklärte einmal der verstorbene Diplomat Graf Eugen Kinsky auf die Frage, was in einem kritischen Augenblick die Wiener Regierung wohl tun würde: „Reiß I, was das Dämmste ist!“ Man könnte diese Frage sinngemäß auf die Regierungsgrundsätze unserer Linksparteien übertragen, wenn man etwa in Versuchung käme, die Frage zu beantworten, was uns eine Linkspartei unter sozialdemokratischer Führung wohl bescheren könnte. Die geringen Erwartungen sind ja bis jetzt stets übertroffen worden. Erst die letzten Tage haben uns ja manches vorahn lassen. Bekanntlich hat das Ausland, soweit es nicht französisch ist, einen durchaus vernünftigen Standpunkt zu den deutschen Wahlen eingenommen. Ueber Nacht ist die Revisionsfrage ins Rollen gekommen. Das Ausland begann einzusehen, daß der Versailler Vertrag und die Tributzahlungen unser Volk langsam aber sicher in Verzweiflung treiben müßten. Unerwartet bot sich uns die Aussicht, diese Stimmung für unsere berechtigten Revisionsforderungen auszunützen. Was aber geschah? Unsere Linkspolitiker riefen in ihren Zeitungen das ausländische Börsenkapital zu Hilfe gegen angebliche Putzgerüchte ab, an die in Deutschland kein Mensch denkt. Unsere inländischen Kapitalgeuer Arm in Arm mit dem ausländischen, besonders dem französischen, Börsenkapital. Eine Zeitproteste, die man komisch finden könnte, wenn sie nicht so bittere Folgen für unser Vaterland gehabt hätte. Frankreich, dem die revisionsfreundliche Stimmung der Welt höchst peinlich war, atmete auf. Es war wieder einmal von der deutschen Linken von einem bösen Alpdruck gerettet worden. Ja noch mehr. Die von der Linken mit Begeisterung in die Welt hinausposaunten Putzgerüchte gaben ihm oben drein Gelegenheit, Deutschland die Wirtschaftsmacht des siegreichen Frankreich fühlen zu lassen. Frankreich ist der Hauptnutznießer der deutschen Tribute. Infolgedessen schwimmt es im Kapital, von dem Deutschland immer mehr entblößt wird. Diese Kapitalisten hat es in letzter Zeit in immer stärkerer Maße in Deutschland kurzfristig angelegt. Die Folge ist, daß sich Deutschland jetzt in einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit von seinen französischen Herren befindet. Frankreich kündigt uns einfach die zahlreichen kurzfristigen Kredite, die über unsere westliche Grenze geströmt sind, und schon sind wir zum Nachgeben gezwungen.

Auf das Stichwort unserer Linken hat die Reichsbank, ähnlich wie während der Tributverhandlungen in Paris, die größte Mühe gehabt, die Frankendeckelung, die für die französischen Kapitalrückforderungen nötig waren, zu bezahlen. Schließlich mußten wir in den letzten Tagen noch Gold und englische Pfund- und Dollardeiben opfern, um die französischen Forderungen überhaupt zu befriedigen. Und nicht genug damit, uns Währungsbeschwerden zu bereiten, hielt es Frankreich außerdem noch für gut, durch ein Massenangebot deutscher Wertpapiere an der New Yorker und Londoner Börse den Kurs deutscher Aktien und festverzinslicher Werte zu drücken. Eine Baillieubewegung, der sich die englische und amerikanische Spekulation natürlich gleichfalls nicht entziehen konnte, ja, die ihre letzten Auswirkungen sogar auf der Berliner Börse fand. Eine angenehme Folge hatte dieses französische Manöver allerdings. Auch die Reparationsanleihen, die jetzt auf den Weltbörsen zur Zeichnung anliegen, erlitten erhebliche Kursrückgänge. Und dieser Schlag trifft nicht uns, sondern Frankreich, den Hauptnutznießer unserer Tribute. Je weniger Käufer dieses Schuldpapier findet, um so besser für unsere tributpolitische Zukunft. Denn wir haben an einer Privatisierung der Tribute kein Interesse. Private Reparationsgäuläubigern gegenüber können wir ja keine Revision fordern, dagegen wohl gegenüber unseren politischen Gläubigern. An dieser Zweckmäßigkeit der eigenen Interessen muß die französische Aktion, durch Kapitalentzug einen politischen Druck auf uns auszuüben, scheitern. Zumal unterdessen ja selbst die sozialistische Preußenregierung die Putzgerüchte ihrer eigenen Genossen als törichte Zweckmeldungen kurzfristiger Parteistrategen widerrufen mußte.

Was war der Zweck dieses sozialistisch-französischen Manövers? Die Revisionsstimmung der Welt zu unterbrechen und durch Putzgerüchte und den Druck der ausländischen Börsenkapitalisten zu ersticken. Aber Börsenmanöver laufen sich tot und engstirnige Zweckgerüchte werden durch die Entwicklung selbst Lügen gestraft. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß Versailles und Poincaré unser Volk dem Stechtum ausliefern. Wie es das Wahlecho bewiesen hat, beginnt die Welt langsam zu begreifen, daß es sich hier um eine Schicksalsfrage nicht nur unseres Volkes, sondern aller zivilisierten Völker handelt. Man beginnt heute in Amerika, England und vielen neutralen Staaten einzusehen, daß die Weltwirtschaftskrise nicht ein Naturereignis ist, sondern die Folge der wirtschaftlichen Schwäche wichtiger Glieder der Weltwirtschaft. Diese Schwäche aber beruht auf den zerstörenden Auswirkungen des Weltkrieges und der Friedensverträge auf den mittel- und den osteuropäischen Wirtschaftsraum. Parallel damit geht seit Ende des Weltkrieges eine Schwächung des europäischen Ansehens unter der farbigen Bevölkerung Afrikas und Asiens, die wiederum Wirren, Boykotte europäischer

Kommt der Arbeitslosenbeitrag auf 6 Prozent?

Die Beratungen des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Sept. Das Reichskabinett trat heute nachmittags um 4 Uhr in der Reichskanzlei zu seiner allgemeinen mit größter Spannung erwarteten Sitzung zusammen. Der Sitzung wohnten sämtliche Reichsminister mit Ausnahme des zur Zeit in Wien an den Völkerverbandsberatungen teilnehmenden Außenministers Dr. Curtius bei. Ferner nahmen an ihr Vertreter der preussischen Staatsregierung teil. Die Beratungen des Kabinetts führten heute noch zu keinerlei Beschlüssen und werden sich auch noch über die nächsten Tage erstrecken. Erst gegen Ende der Woche will das Kabinett mit seinen Entwürfen vor die Öffentlichkeit treten. Die Besprechungen mit den Führern der Parteien werden nunmehr höchstwahrscheinlich auch erst in der nächsten Woche stattfinden.

Augenblicklich wird zu dem, was über den Inhalt der Vorlagen verläutet, von den amtlichen Stellen in keiner Weise Stellung genommen. Man beschränkt sich vielmehr lediglich auf die Erklärung, daß die Kabinettsarbeiten noch im Gange seien und daß man daher keinerlei bestimmte Mitteilungen machen könnte.

Auch zu den Angaben über die Höhe des durch den Rückgang an Steuereinnahmen entstandenen neuen Defizits äußert man sich noch nicht.

Man erklärt, daß erst die genaue Prüfung der Kassenlage des Reiches, die im Rahmen der Kabinettsberatungen vorgenommen wird, ergeben werde, wie hoch dieses Defizit sei. Man wird es als bedauerlich empfinden müssen, daß so auch die Meldungen, die davon zu berichten wissen, daß eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 5, sogar 6 Prozent und darüber geplant sei, unwidersprochen bleiben, denn Beiträge in solcher Höhe übersteigen die Grenze des Erträglichsten, insbesondere für die Wirtschaft, in sehr bedenklicher Weise. Auch für den Arbeitnehmer selbst wird die ihm zugeordnete Wohltat schließlich zur Plage, wenn die Beiträge zu den sozialen Institutionen sein Einkommen ständig und immer mehr vermindern.

Der Stimmung, die gegenwärtig in den weitesten Kreisen herrscht, würde es sicher mehr entsprechen, wenn die Regierung sich über das Aussehen ihres Programms nicht gar so schwelgsam verhielte. Der Unmut, den das Verhalten des Kabinetts in den politischen Fragen erzeugt hatte, macht sich jetzt angesichts der Stellung, die das Kabinett zu den drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen einnimmt, erneut bemerkbar. So weist man in der Regierung nahestehenden Blättern darauf hin, daß ihr Verhalten, zunächst ihre Ar-

beiten in aller Ruhe zu Ende zu führen und dann die Öffentlichkeit über deren Ergebnis zu unterrichten, zwar forreht und logisch ansehe, auch in normalen Zeitaltern gewiß keine Berechtigung habe, jetzt aber zweifellos politische Gefahren in sich birge. Auch das, was in sachlicher Hinsicht über die Pläne der Regierung bekannt wird, löst bereits, so dürftig es auch ist und so wenig sicher es ein Bild von dem Gesamtprogramm des Kabinetts vermitteln kann, ziemlich scharfe Kritik aus. So erklärt heute in einer Betrachtung über die Lage der Regierung die „Kreuzzeitung“: „Wir möchten, ohne einer kritischen Würdigung der Ergebnisse der internen Verhandlungen der Reichsregierung damit vorgreifen zu wollen, auf Grund der Berantbarungen über den unermesslichen Inhalt des sogenannten Sachprogramms schon heute feststellen, daß man offenbar wieder darauf aus ist, hier mit den Reichsbürgern, die ihre Unzulänglichkeit zum Schaden des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Wirtschaft, bisher leider stets bewiesen haben, eine Grundlage für eine angebliche Sanierung zu schaffen, die höchstens Flickwerk sein kann.“

Berichterstattung der Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 23. Sept. Nach dem Bericht der Reichsbank für die Zeit vom 1. bis 19. September 1930 hat die zahlenmäßige Belastung der Arbeitslosenversicherung in der ersten Hälfte des September etwas abgenommen. Die von der Krisenunterstützung ist dagegen übereinstimmend mit der allgemeinen Entwicklung am Arbeitsmarkt weiter gestiegen. Mit rund 1.503.000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem Stande vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 450.000 Krisenunterstützten hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen eine Gesamtzahl von rund 1.953.000 erreicht und ist damit um etwa 15.000 höher als Ende August.

Erheblich stärker, um etwa 103.000, ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitssuchenden gestiegen. Zu diesem Zugang haben sowohl umfangreiche neue Entlassungen beigetragen, als auch schärfere Erfassung von Wollfabrikarbeitslosen. Setzt man diejenigen ab, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleibt Mitte September eine Zahl von

rund 2.983.000 Arbeitslosen,

in der, wie immer, ein gewisser Bestandteil an Erwerbsbeschränkten eingeschlossen ist. Das Anwachsen dieser Zahl gegenüber Ende August um ungefähr 100.000 Köpfe ist auch unter Berücksichtigung der Faktoren statistischer Natur ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft weiterhin in der Depression verharzt.